

men.

Jetzt stimmen wir über die Nummer 2 aus diesem Antrag in Drucksache 4/4146 ab. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Das ist eine Mehrheit von Gegenstimmen. Gibt es hier Stimmenthaltungen? Stimmenthaltungen gibt es nicht. Die Nummer 2 ist abgelehnt.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 29 und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 30**

**Förderung von Menschen mit Behinderungen verbessern - Übergänge auf den ersten Arbeitsmarkt schaffen und Werkstätten stärken**

Antrag der Fraktion der SPD  
- Drucksache 4/4147 -

Die SPD-Fraktion hat nicht angekündigt, dass sie das Wort zur Begründung nehmen möchte. Ich eröffne demzufolge gleich die Aussprache und rufe für die CDU-Fraktion den Abgeordneten Günther auf.

**Abgeordneter Günther, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich zum Tagesordnungspunkt selbst komme, nutze ich die Gelegenheit, auf eine Veranstaltung, die vor etwa einer Stunde stattgefunden hat in den Räumlichkeiten der Landespressekonferenz, einzugehen. Dort hat Herr Dr. Paul Brockhausen seinen Tätigkeitsbericht des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen an die Präsidentin und an die Landesregierung übergeben. Ich nutze ganz einfach mal hier die Gelegenheit, Herrn Dr. Brockhausen aufrichtig meinen und den Dank meiner Fraktion, und ich hoffe auch den Dank aller übrigen Abgeordneten, auszusprechen.

(Beifall CDU)

Der Bericht ist nämlich nicht - und das sind die Worte von ihm selbst - ein glatt gebügelter, nichtssagender Bericht, sondern es ist ein sehr umfangreicher Bericht über eine Tätigkeit für Menschen mit Behinderungen in all seinen Facetten von rund 200 Seiten, der - und das ist das Spannende - eben auch Mängel aufzeigt. Das ist das Positive und nur das kann den Menschen auch helfen.

Damit komme ich zu dem Antrag der SPD-Fraktion „Förderung von Menschen mit Behinderungen verbessern - Übergänge auf den ersten Arbeitsmarkt schaffen und verstärken“.

Meine Damen und Herren, vieles ist zu dem Thema „Werkstätten für behinderte Menschen“ vor gut einem Jahr bereits gesagt worden. Sie erinnern sich, es war eine sehr kontroverse Diskussion. Weil es immer Bewegungen auf diesem Feld gibt, und weil dieses Thema, dieses sensible Thema uns wichtig ist, wollten wir eigentlich ohne große Debatten diesen Antrag an den Ausschuss verweisen, um inhaltlich dort weiterzuarbeiten, um z.B. die Fragestellung zu dem geforderten Bericht der Kollegen der SPD-Fraktion auch ein Stück weit zu qualifizieren und zu ergänzen. Das führt hier zu weit. Die Kollegen der Linkspartei sind dem Ansinnen hier nicht gefolgt, dann haben wir die Debatte. Wir wollten das machen, um ein Stück weit Effizienz auch in unsere Zeit zu bringen und nicht überbordend über ein Thema zu reden, wo wir eigentlich heute noch zu keinem großen Ergebnis kommen können. Unser Standpunkt hat sich zu dem Thema in einem Punkt nicht geändert, wir brauchen die Werkstätten für behinderte Menschen auch zukünftig.

(Beifall CDU)

Wir brauchen die hervorragende Arbeit, die dort geleistet wird. Nicht sehend, dass auch dort Menschen untergebracht und betreut werden, die nicht zwingend dahin gehören, und dass dem Werkstattgesetz Folge geleistet werden muss und immer mit dem Ziel, Integration am ersten Arbeitsmarkt weitergearbeitet wird. Aber dazu brauchen wir weitere Partner in den Rehabereichen und in den Bildungszentren zum Beispiel. Wir brauchen Partner in der Wirtschaft, die uns bei der Integration helfen. Wir brauchen neue Konzepte, im Übrigen vorhin auch eine Frage zu der Ausgleichsabgabe, warum die zurückgeht und trotzdem weniger Arbeitsplätze geschaffen werden. Natürlich ist das ein Punkt, weil viele Unternehmen sich dazu bekennen und auch Aufträge an Werkstätten für behinderte Menschen geben und damit auch von der Ausgleichsabgabe freigestellt werden. Wir brauchen auch neue Konzepte, wie z.B. JobCoaches. Wir müssen uns auch mit dem Thema, mit Modellen, wie dem rheinland-pfälzischen Budget für Arbeit beschäftigen. Keine gegenteilige Auffassung zu dem, was hier aufgeschrieben ist. Auch wenn auf den ersten Blick vielleicht rechtlich bedenklich, sollten wir ruhig etwas mutig bei der Modellentwicklung sein und uns dem öffnen. Geklagt hat meines Wissens noch keiner. Also, meine Damen und Herren, lassen Sie uns das Thema inhaltlich, fachlich im Ausschuss für Soziales ...

(Zwischenruf Abg. Leukefeld, DIE LINKE:  
Und im Wirtschaftsausschuss.)

Ja, Frau Leukefeld, auch bei Wirtschaft könnten wir das machen. Aber da würden Sie mir ja eine Flanke eröffnen, auf etwas zu antworten, wo ich vorige

Woche nicht antworten konnte. Deswegen lassen Sie uns erst einmal im Ausschuss für Soziales inhaltlich mit dem Thema arbeiten. Ich beantrage daher Überweisung an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit für die CDU-Fraktion. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Abgeordneter Nothnagel zu Wort gemeldet.

**Abgeordneter Nothnagel, DIE LINKE:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist schon verwunderlich, dass wir am heutigen Tag zu diesem Tagesordnungspunkt von der Landesregierung keinen Sofortbericht bekommen, obwohl dieser Antrag schon seit ca. zwei Monaten vorliegt. Weiterhin bin ich sehr darüber erstaunt, dass heute der Landesbehindertenbeauftragte, Dr. Paul Rockhausen, Herr Günther hat es gerade auch erwähnt, seinen ersten Tätigkeitsbericht für die Jahre 2004 bis 2007 auf gut 200 Seiten vorgelegt hat. Da ist doch mit Sicherheit, ich kenne ihn leider nicht, weil ich ihn nicht bekommen habe, ein Kapitel für Arbeit für Menschen mit Behinderung und Werkstätten für behinderte Menschen dabei. Den hätte doch der Landesbehindertenbeauftragte mit Sicherheit der Ministerin zur Verfügung stellen können, damit sie heute hier im Plenum darüber berichten konnte. Aber es gab - wie Sie ja alle sehen - keinen Bericht. Das möge verstehen wer will, ich nicht.

Nun zum Antrag der SPD mit der Überschrift „Förderung von Menschen mit Behinderung verbessern, Übergänge auf dem ersten Arbeitsmarkt schaffen und Werkstätten stärken“. Die Überschrift enthält bereits einen großen Widerspruch in sich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, wäre es nicht besser gewesen, wir machen uns darüber Gedanken, wie das Werkstattkonzept in die heutige Zeit hineinpasst, um es zu verbessern und um Diskriminierung und Ausgrenzung und reine Fürsorge von behinderten Menschen zu verhindern?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir leben nicht mehr im 19. Jahrhundert, sondern wir haben 2003, das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderung, hinter uns und 2006, welches das Europäische Jahr der Chancengleichheit war. Somit ist es auch an der Zeit, sich endlich auch einmal in Thüringen Gedanken darüber zu machen, wie wir vom Fürsorgeparadigma über das Rehabilitationsparadigma, in dem wir leider immer noch leben, zu

dem angestrebten Teilhabeparadigma kommen. Das Teilhabeparadigma beinhaltet letztendlich einen Gedanken der UN-Konvention der Rechte der Menschen mit Behinderung und den darin liegenden Begriff der Inklusion. Für alle, die diesen Begriff noch nicht gehört haben oder nichts damit anzufangen wissen, möchte ich es noch einmal kurz erklären. Er bedeutet „inneliegend“ oder auch „von Anfang an dabei“. Das heißt letztendlich, das behinderte Menschen ein Teil unserer Gesellschaft sind und nicht in eine Sonderwelt abgeschoben werden, für die sie dann auch noch sehr dankbar sein müssen, so wie es in der Integration üblich ist. In der UN-Konvention in Artikel 27 wird anerkannt, dass gleichberechtigte Rechte für Menschen mit Behinderungen für Arbeit eine Möglichkeit ist, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen. Werkstätten für behinderte Menschen werden nicht als Alternative zum freien Arbeitsmarkt erwähnt.

Aber nun zurück zum Antrag. Der heute zur Diskussion stehende Antrag der SPD-Fraktion macht abermals deutlich, dass eine ausführliche Analyse und Situationsbeschreibung von Menschen mit Behinderungen und hier insbesondere von Menschen mit Behinderungen, die in Werkstätten arbeiten, unbedingt vonnöten ist. Für meine Fraktion formuliere ich es sogar noch etwas härter. Ich sage, wir brauchen in Thüringen eine Fortschreibung des erstmals im Jahre 2004 veröffentlichten Berichts zur Situation von Menschen mit Behinderungen im Freistaat Thüringen. Denn erstens, in den zurückliegenden vier bzw. fünf Jahren hat sich die Datenlage verändert und die Anzahl der behinderten Menschen hat sich erhöht.

Zweitens haben sich die gesetzlichen Anforderungen und Vorstellungen gravierend verändert. Waren 1997 in Thüringen noch 161.192 schwerbehinderte Menschen registriert, waren es im Jahr 2007 bereits 181.980. Das sind Zahlen nach dem Statistischen Jahrbuch 2007. Ich weiß, dass es bereits andere Quellen mit durchaus höheren Zahlen der anerkannten Schwerbehinderten gibt, jedoch beziehe ich mich hier auf die offiziellen Zahlen. Allein die Anzahl der seelisch Behinderten sowie der suchtkranken Menschen stieg von 26.321 im Jahr 1997 auf 36.130 im Jahr 2007. Diese Zahlen sind auch Ausdruck für die gesellschaftliche Situation, in der sich Menschen befinden, und auch Ausdruck des gesellschaftlichen Klimas im Berufs- und Arbeitsleben und in zwischenmenschlichen Beziehungen.

Im bereits erwähnten 1. Behindertenbericht wurde auf Seite 51 des Materialbands geschrieben, Frau Präsidentin, ich zitiere: „Ein erklärtes und vorrangiges Ziel der Landesregierung Thüringen ist es, Menschen mit Behinderungen den gleichwertigen Zugang zur Erwerbsarbeit in Betrieben und Verwaltungen